

# Zu wenig Geld für Integration

■ Familienzentrum Au klagt über mangelnde Finanzierung von Kursen.

■ CDU-Landtagsfraktion informiert sich über irakische Zuwanderer.

MARTINA SCHAEFER | PFORZHEIM

N eulich hatte sich die Leitung der Südstadtschule an das Familienzentrum Au gewandt. Um die irakischen Kinder sprachlich zu fördern, sollten diese zeitlich versetzt in die Schule kommen. Da aber immer mehrere zur gleichen Familie gehörten, kamen sie alle immer gleichzeitig, erinnert sich Doris Winter. Die Leiterin des Familienzentrums Au fand eine Lösung für die unbeaufsichtigten Kinder: Zwei Mitarbeiter betreuen jetzt regelmäßig den Teil der Mädchen und Jungen in einem Raum der Schule, der keinen Unterricht hat.

Ein Dossier zum Thema Iraker gibt es unter: [www.pz-news.de](http://www.pz-news.de)



Blick in die Kinderstube des Familienzentrums Au: Mitarbeiterin Felek Aydin (links) spielt mit der zweiährigen Pelinee, als Doris Winter, Leiterin des Familienzentrums Au mit den CDU-Landtagsabgeordneten Marianne Engeser, Bernhard Lasotta, Friedlinde Gurr-Hirsch und Katrin Schütz (von links) vorbeischaute. FOTO: SEIBEL

## Gute Vernetzung im Stadtteil

Es ist ein Beispiel dafür, wie gute Vernetzung im Stadtteil funktioniert. Winter hat vor zehn Jahren das erste Familienzentrum in Pforzheim aufgebaut. Dort kommen seit mehreren Jahren besonders die irakischen Zuwanderer an. Momentan sind 33 Irakerinnen yezidischen Glaubens mit insgesamt 144 Kindern unter anderem in Ankommen-in-Pforzheim-Kur-

sen, Alphabetisierungs- und später dann Integrationskursen registriert. Für Winter und ihre Mitarbeiter ein Kraftakt, denn die Kurse werden über verschiedene Töpfe finanziert. Bricht eine Komponente weg, ist das ganze System gefährdet. Danach sah es kurz vor Ostern aus. Winter schickte die Frauen erstmal nach Hause. Bernhard Lasotta, Vorsitzender

des Arbeitskreises Integration der CDU-Landtagsfraktion, der am Mittwoch mit Kollegen auf Einladung von der hiesigen Abgeordneten und CDU-Stadträtin Marianne Engeser nach Pforzheim gekommen war, will sich für eine passgenaue kommunale Integrationsförderung einsetzen. Er nannte die Arbeit des Integrationsministeriums unzureichend. Auch Bürger-

meisterin Monika Müller wünscht sich in Bereichen der Schule, der Wirtschaft und Hochschule mehr Hilfe vom Land. Sie habe allerdings auch Verständnis dafür, dass es keinen Extratopf für die irakischen Zuwanderer gegeben kann, denn andere Städte hätten auch Probleme mit Flüchtlingen.

Winters Ziel ist es, über die Frauen- und Mädchenarbeit die

kompletten Familien zu erreichen, um positive Veränderungen zu erwirken. Dass die allerdings Grenzen haben, macht das Beispiel der yezidischen Gemeinde in Oldenburg deutlich. Dort würden die Yeziden auch 20 Jahre nach ihrer Zuwanderung ausschließlich unter sich heiraten. Lasotta kritisierte zudem die üblichen Zwangsheiraten. Das sei nicht tolerierbar.